



Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP
Vorsitzender der FDP-Kommission für Internet und Medien
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
☎ (030) 227 – 73690
✉ (030) 227 – 76690
Internet: www.hans-joachim-otto.de
✉ hans-joachim.otto@bundestag.de

Pressemitteilung

18. Januar 2007

OTTO: Neue Medienordnung konsequent weiterentwickeln

Berlin. Zur heutigen Verabschiedung eines neuen Telemediengesetzes (TMG) im Deutschen Bundestag erklärt der Medienexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:

Eine einheitliche neue Medienordnung ist überfällig und dringend notwendig. Mit dem TMG ist ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht worden.

Leider hat es die Regierungskoalition versäumt, wichtige und bekannte Probleme rechtzeitig anzupacken, so daß das Gesetz schon vor In-Kraft-Treten praktisch veraltet ist.

Ich fordere die Regierungskoalition deshalb auf, gemeinsam mit der Opposition die Medienordnung konstruktiv weiterzuentwickeln und damit die so wichtige Rechtssicherheit für die Branche herzustellen. Dabei müssen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- die Begrifflichkeiten und Abgrenzungen von Telemediendiensten, Telekommunikationsdiensten und Rundfunk müssen eindeutig und zukunftsgerichtet sein. Es ist völlig kontraproduktiv, wenn schon jetzt Abgrenzungs- und Definitionsprobleme zwischen deutschen Normen und geltenden oder bald rechtskräftig werdenden EU-Richtlinien auftreten.
- Anbieter von Telemediendiensten dürfen nicht mit unerfüllbaren Haftungs- und Verantwortlichkeitsregeln oder Überwachungspflichten konfrontiert werden. Dies muß im Gesetz selbst unmißverständlich klargemacht werden. Auch die besondere Bedeutung von Suchmaschinen muß Eingang in das TMG finden.
- Verbraucherschutzregelungen dürfen die "Online-Welt" nicht stärker reglementieren als die "Offline-Welt". Dazu gehört u.a., daß bei bestehenden Kundenbeziehungen grundsätzlich Opt-out-Regelungen greifen, so wie es im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb schon jetzt Rechtsrealität ist.
- die Bekämpfung von Spam, Phishing und anderem Mißbrauch muß weiterhin eine hohe Priorität haben. Dabei setzt die FDP auf die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Verbrauchern. Symbolische und unnütze Gesetzesverschärfungen sind dagegen abzulehnen.
- schließlich kann eine neue Medienordnung nur bestehen, wenn die Verbraucher Vertrauen in diese haben. Dafür müssen datenschutzrechtliche Grundsätze konsequent beachtet werden und Eingriffsmöglichkeiten von staatlicher Seite klar definiert und begrenzt sein.